

ANLEIHEHANDEL

Citigroup droht Ermittlungsverfahren

Der umstrittene Blockverkauf von Euro-Staatsanleihen durch die Citibank wird staatsanwaltschaftliche Ermittlungen nach sich ziehen – davon gehen hochrangige Mitarbeiter von Finanzminister Hans Eichel aus. Die Citigroup hatte im August 2004 binnen weniger Minuten Staatsanleihen im Wert von elf Milliarden Euro auf den Markt geworfen und einen Kurssturz der Papiere ausgelöst. Anschließend kauften die Händler einen Teil der Papiere zu den von ihnen erzwungenen Discount-Preisen zurück. Gewinn: rund 17 Millionen Euro. Die Aktion führte zu erheblichen Verlusten bei anderen Banken, aber auch zu höheren Kosten für die



R. JANKE / ARGUS

Citibank-Filiale

Emittenten der Papiere – darunter der Bund. Verschiedene europäische Bankenaufsicher leiteten deshalb Ermittlungen gegen die Citibanker ein. Die Untersuchungen der deutschen Aufsicht sind „so gut wie abgeschlossen“, berichten Insider aus dem Ministerium. Auch der CDU-Abgeordnete Steffen Kampeter rechnet fest mit einem Ermittlungsverfahren. „Seit Juli 2002 ist Marktmanipulation strafbar“, so der Unions-Politiker. „Und dieser Fall ist die Nagelprobe für die Wirksamkeit des Gesetzes.“



Eichel

EUROPA

Finanzminister lockern den Stabilitätspakt

Europas Finanzminister werden sich auf ihrem Treffen Anfang dieser Woche in Brüssel auf eine weitreichende Flexibilisierung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts einigen. Kern der Veränderungen ist der künftige Umgang mit Ländern, die das Schuldenlimit überschreiten. Staaten, deren Wirtschaftswachstum über längere Zeit niedrig ist oder die Nettozahlungen an den EU-Haushalt leisten, müssen erst nach „mehreren Jahren“ wieder unter die Drei-Prozent-Grenze kommen, heißt es in Brüssel. Bestimmte Ausgabenblöcke, wie Investitionen in Bildung und Forschung, werden dagegen nicht, wie von Deutschland gefordert, bei der Defizitberechnung herausgerechnet. „Bei fast allen Eckpunkten herrscht Einigkeit unter den europäischen Finanzministern“, sagt ein Mitarbeiter von Wirtschafts- und Währungskommissar Joaquín Almunia. Unklar ist dagegen weiter, wie Länder in konjunkturell guten Zeiten zu stärkeren Sparanstrengungen verpflichtet werden sollen. Die EU-Kommission ist zuversichtlich, dass die Details in den nächsten Wochen geklärt werden dürften. Damit könnten die Staats- und Regierungschefs schon im März den neuen Stabilitätspakt absegnen. Bundesfinanzminister Hans Eichel muss daher nicht mit Sanktionen rechnen, falls er in diesem Jahr zum vierten Mal in Folge die Verschuldungsgrenze verletzt.

SOFTWARE

Ohne volle Garantie

Bill Gates' Software-Imperium Microsoft hat Ärger mit Nutzern des aktuellen Software-Pakets „Office 2003“. Das weitverbreitete Büro-Paket, zu dem auch die Präsentationssoftware „Powerpoint“ gehört, funktioniert trotz ausdrücklicher Zusicherung nicht mit allen Dokumenten aus früheren Versionen. Ein österreichischer Unternehmer reichte daraufhin Betrugsanzeige gegen Microsoft ein.

Er kann seine mit der „Powerpoint“-Version 2000 erstellten Präsentationen nicht mehr verkaufen, da sie im aktuellen Office-Paket nur fehlerhaft funktionieren. Um weiteren Ärger zu vermeiden, hat der amerikanische Software-Konzern in aller Stille die Zusicherung



POLARIS / STUDIO X

zurückgezogen, dass „Office 2003“ mit allen Dokumenten aus früheren Versionen vollständig funktioniert. Noch vor kurzem hieß es bei der deutschen Produktbeschreibung im Internet: „100 Prozent abwärtskompatibel bis zu Office 97“, jetzt ist nur noch von „abwärtskompatibel“ die Rede. Die 100-Prozent-Garantie, heißt es bei Microsoft, sei ein „Fehler“ gewesen und „ohne die nötige juristische Prüfung“ aus der US-Produktbeschreibung übernommen worden.

Gates